

Wesentliche Inhalte in Leicht Lesen

Der Begutachtungs-Entwurf zum Tiroler Mindest-Sicherungs-Gesetz

Erstellt von der Abteilung Verfassungsdienst

Vorwort

Dieser Text ist in Leichter Sprache geschrieben.

Ein Computer-Programm der Firma Capito hilft uns dabei.

Der Text erklärt wichtige Inhalte.

Der Text ist eine Beilage zu einem Begutachtungs-Entwurf.

Der Begutachtungs-Entwurf hat die Geschäfts-Zahl VD-504/494-2024.

Was ist ein Begutachtungs-Entwurf?

Ein Entwurf ist eine Roh-Fassung.

Konkret: der Text ist noch nicht fertig.

Das Wort Begutachtung bedeutet:

Man kann eine Meinung zum Entwurf abgeben,
bevor das Gesetz beschlossen wird.

Diese Meinung kann den Entwurf noch ändern.

Nach der Begutachtung wird der Entwurf zu einem Gesetzes-Vorschlag.

Die Landes-Regierung bringt den Gesetzes-Vorschlag
in den Tiroler Landtag ein.

Der Tiroler Landtag kann das Gesetz ändern und beschließen.

Ein wichtiger Hinweis!

Dieser Text soll helfen, den Entwurf zu einem Gesetz besser zu verstehen.

Wir kürzen den Entwurf und erklären nur wichtige Inhalte.

Änderungen zum Tiroler Mindest-Sicherungs-Gesetz

In Tirol gibt es ein Mindest-Sicherungs-Gesetz.

Ziel der Mindest-Sicherung ist:

- Armut soll bekämpft werden.
- Alle Menschen sollen in der Gemeinschaft dazu gehören können.
Niemand soll ausgegrenzt werden.
- Menschen sollen menschen-würdig leben können.

Die Mindest-Sicherung bekommen Menschen,
die sich in einer Not-Lage befinden.

Auch in einer Not-Lage sollen die Grund-Bedürfnisse gedeckt sein.

Grund-Bedürfnisse sind zum Beispiel:

- Lebens-Unterhalt,
- Gesundheit,
- Wohnen.

Der Entwurf zur Änderung heißt in schwerer Sprache:
Gesetz, mit dem das Tiroler Mindestsicherungsgesetz geändert wird.

Was ist ein Landes-Gesetz?

Das Tiroler Mindest-Sicherungs-Gesetz gilt nur in Tirol.

Das Gesetz ist ein Landes-Gesetz.

Der Tiroler Landtag beschließt Landes-Gesetze.

Landes-Gesetze werden vom Land Tirol gemacht.

Landes-Gesetze sind in schwerer Sprache geschrieben.

Ein Gesetz ist eine staatliche Regel.

Ein Gesetz sagt, wie etwas sein soll.

Ein Gesetz sagt, wie etwas sein muss.

Alle Menschen in Tirol müssen die Gesetze einhalten.

Landesgesetze haben ein Datum und eine Nummer.

Was steht im Entwurf?

Im Entwurf steht:

Das Land Tirol ändert die Berechnung der Mindest-Sicherung.

2 wichtige Änderungen sind:

- Bei der Mindest-Sicherung ist das Einkommen wichtig.
Bei der Berechnung vom Einkommen soll es weitere Ausnahmen geben.
- Über die Hilfe bei außer-gewöhnlichen Not-Ständen soll künftig die Landes-Regierung entscheiden.

Warum ist die Änderung nötig?

Der österreichische Verfassungs-Gerichtshof hat einige Regelungen vom Tiroler Mindest-Sicherungs-Gesetz aufgehoben.

Der österreichische Verfassungs-Gerichtshof kann auch Landes-Gesetze prüfen.

Auch Landes-Gesetze müssen der österreichischen Verfassung entsprechen.

Tun sie das nicht, hebt der Verfassungs-Gerichtshof die Regelung auf.

Das Gesetz muss dann ganz oder teilweise geändert werden.

Was wurde konkret geändert?

Bevor ein Hilfe-Suchender Mindest-Sicherung bekommt, muss er zuerst seine eigenen Mittel verwenden.

Eigene Mittel sind das Einkommen und das Vermögen.

Es gibt Leistungen, die dürfen in das Einkommen und Vermögen nicht eingerechnet werden.

Zum Beispiel das Pflege-Geld oder die Familien-Beihilfe.

Bisher hat zum Beispiel die Ausnahmen Klima-Bonus gefehlt.

Darum muss das Gesetz geändert werden.

Das Land Tirol möchte auf unerwartete Entwicklungen schnell reagieren können.

Darum werden die Ausnahmen zukünftig durch eine Verordnung der Landes-Regierung geregelt.

Über die Hilfe bei außer-gewöhnlichen Not-Ständen soll künftig die Landes-Regierung entscheiden

Mit dem neuen Gesetz soll die Landes-Regierung auch die Hilfe bei außer-gewöhnlichen Not-Ständen über-nehmen.

Wann wird das Gesetz gültig?

Das Gesetz wird am 1. April 2025 rechts-verbindlich.

Was ist besonders wichtig?

Das Land Tirol ändert die Berechnung der Mindest-Sicherung.